

Unzufrieden mit der Informationspolitik des ersten Landesbeamten Walter Holderried in Bezug auf die Teilumfahrung in Rümplingen und den Ausbau einer S-Bahn im Kandertal sind die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag Heike Hauk und der Landtagsabgeordnete Josha Frey. Trotz eines negativen Bescheids der Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur, was die Vereinbarkeit der Variante 3B mit dem Ausbau einer Regio-S-Bahn betrifft, fasste der Kreistag den Beschluss, beides voran treiben zu wollen. „Das Verkehrsministerium hat auf meine mündliche Anfrage hin klar definiert, dass eine Ausnahmeregelung für die Teilumfahrung Rümplingen nur unter der Auflage erteilt würde, dass die Kandertalbahn nicht weiter ausgebaut werde.“ Im ganzen Land müssen Bahnübergänge für viel Geld umgebaut werden, daher werden grundsätzlich keine neuen Übergänge mehr genehmigt. Wenn der Landkreis eine Ausnahmegenehmigung wolle, hätte er seit letztem Jahr diese beantragen können. Hat er aber nicht. Daher bleibt der Eindruck, dass der Kreistag nicht vollumfänglich informiert war.“, fasst die Kreisrätin Heike Hauk ihren Unmut über die Kreistagsbeschluss zusammen. Bei den klaren Worten aus Stuttgart nutze es daher auch nichts, dass das Gremium beschlossen habe, dass die beiden Projekte sich nicht ausschließen dürften.

Walter Holderried argumentierte in der Kreistagssitzung gegen einen Aufschub der Planung damit, dass für die Anträge zur GVFG-Förderung des Landes eben die Genehmigungsplanung vorliegen müsse – noch vor 2014, da anschließend dieses Fördermodell gekippt werden soll

Eine Darstellung die auf Anfrage des Landtagsabgeordneten Josha Frey beim Verkehrsministerium als „nicht nachvollziehbar“ bezeichnet wurde. So gäbe es laut Stuttgart in dem Verfahren zwei unterschiedliche Prozessstufen. Für die Programmaufnahme brauche es demnach lediglich eine Beschreibung des Vorhabens mit Übersichtsplänen und vereinfachter Kostenberechnung. Erst wenn das Projekt im Förderprogramm aufgenommen sei, bedürfe es eines genehmigten Bauentwurfs für die Bewilligung. Bewilligungen von neuen kommunalen Vorhaben werden aus heutiger Sicht frühestens wieder 2014 möglich sein. Da nach den Berechnungen des RP Freiburg jedoch nur noch wenige Mittel nicht gebunden sind, dürfte es äußerst schwierig sein, neue Vorhaben – wie die Umgehung in Rümplingen – überhaupt noch in das Förderprogramm aufnehmen zu können. In welchem Umfang nach der vom Bund für 2014 vorgesehenen Revision Mittel nach dem Entflechtungsgesetz zur Verfügung stehen werden, ist derzeit ungewiss. Der Bundesfinanzminister plant eine lineare Abschmelzung der Mittel nach dem Entflechtungsgesetz auf Null bis Ende 2019.

Daher wäre aus Sicht der Grünen ein Aufschub der Detailplanungen und die Verwendung der Kreismittel für den Ausbau des ÖPNV im Landkreis besser und zielorientierter investiert.